

Der Arbeiter

Organ der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Preis: 10 Pfennig monatlich, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark. Durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark. Verlag: Dresden-Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-III / Reichshofstraße 2 / Telefon: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18690. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-III, Ostbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurücknahme des Bezugspreises.

10. Jahrgang Dresden, Dienstag den 1. April 1930 Nummer 77

Streikämpfe gegen die Bürgerblock-Offensive

Sächsischer ADGB-Führer wollen außerparlamentarischen Kampf durch Oppositionsmanöver ersiden
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, vor die Front!



Das ist der einzige richtige Weg!

Die Bekleidungsarbeiter im Kampf — Danziger Landarbeiter vor dem Streik

Berlin, 1. April. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern traten 1500 Arbeiter von 26 großen Berliner Maßschneidereien in den Streik. Die größten Geschäfte dieser Branche, wie z. B. Hermann Hofmann, Beck u. Glöckner, Weinberger, Jostel und alle Geschäfte unter den Linden sind in den Streik einbezogen. Es sind Lohn- und Gehaltsforderungen, die zum Streik geführt haben. Eine Streikerversammlung der freigewerkschaftlich organisierten Maßschneider am Sonntag im Gewerkschaftshaus beschloß einstimmig den Streik. Ist in Berlin der Kampf nur auf die Herrenmaßschneider beschränkt, soweit die Betriebe dem Arbeitgeberverband angeschlossen sind, d. h. auf etwa 250 von rund 3500 Beschäftigten, so umfaßt im Reich im allgemeinen der Kampf Herren- wie Damenmaßschneider. Die Unternehmerrunde für Damenmaßschneider in Hamburg hat bereits Zugeständnisse gemacht, die über den Braunschweiger Schiedsspruch hinausgehen.

Köln, 1. April. (Eig. Drahtmeldung.) In den hiesigen maßgebenden Maßschneidereien traten die Arbeiter heute in den Streik.

Danzig, 1. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Danziger Landarbeiter stehen im Kampf um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit. Zwei gutbesuchte, von der Opposition einberufene Landarbeiterkonferenzen sahen am Sonntag dem 23. März den Beschluß, am 1. April in den Streik zu treten. Unterdessen hat das von den Reformisten einberufene Schiedsgericht gefagt und den Spruch gefällt: Beibehaltung der alten Löhne mit Zuschlag von 1 Pf. pro Stunde und jährliche Arbeitszeitverlängerung um 30 Stunden. In Dutzenden von Versammlungen, die am vergangenen Sonntag auf dem Lande stattfanden, haben die Landarbeiter ihren Willen zum Kampf, trotz gefälligem Schiedsspruch, kundgetan. Es ist seit 7 Jahren der erste Versuch, durch Kampf die Hungerlöhne zu verbessern. Die Reformisten haben angekündigt, mit allen Mitteln die Durchführung von Streiks zu verhindern. In verschiedenen Orten und Gütern ist aber der Einfluß der Opposition so stark, daß mit einer restlosen Durchführung des Streiks zu rechnen ist.

haltung der alten Löhne mit Zuschlag von 1 Pf. pro Stunde und jährliche Arbeitszeitverlängerung um 30 Stunden. In Dutzenden von Versammlungen, die am vergangenen Sonntag auf dem Lande stattfanden, haben die Landarbeiter ihren Willen zum Kampf, trotz gefälligem Schiedsspruch, kundgetan. Es ist seit 7 Jahren der erste Versuch, durch Kampf die Hungerlöhne zu verbessern. Die Reformisten haben angekündigt, mit allen Mitteln die Durchführung von Streiks zu verhindern. In verschiedenen Orten und Gütern ist aber der Einfluß der Opposition so stark, daß mit einer restlosen Durchführung des Streiks zu rechnen ist.

Behrt jedem neuen Betrug!

„Heißt verhalten die Kommunisten des Bürgerblocks, die Art an die Wurzeln des parlamentarischen Staates, der Demokratie, zu legen.“

Dresden, 1. April. Als vor Annahme des Youngplanes die Koalition auseinanderzulassen drohte, stützte Hindenburg Herrn Müller mit dem Vollmachtsparagrafen 48 aus und Müller nahm widersprüchlich die „Art“ in seine Hände. Als sozialdemokratische Minister während der Erwerbslosenaufmarsche den Kleinen Besetzungszustand verhängten und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Republikstuhlgeseh annahm, das die Arbeiterschaft aller sogenannten demokratischen Rechte auf Koalitions- und Versammlungsfreiheit beraubt, las man nichts von einem „Attentat gegen die Demokratie“.

„Wenn schon Diktatur, dann durch uns“, erklärte Herr Wels auf dem Wagnerehrer Parteitag. Nun hat die Bourgeoisie die Exekutive über die Diktatur in die

eigenen Hände genommen. Und die SPD-Presse jammert über die verlorengegangene Demokratie. Auch das ist nicht zufällig, sondern ein Manöver. Es soll bei den SPD-Arbeitern der Eindruck erweckt werden, als biete nur eine Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratie eine Sicherheit gegen alle Diktaturbestrebungen der Bourgeoisie. Tatsächlich aber ist die ganze letzte Entwicklung der Weimarer Republik ein Prozeß der fortschreitenden Ergänzungs- und Verdrängung der demokratischen durch die diktatorischen, der parlamentarischen durch die faschistischen Herrschaftsformen, wobei die SPD die organisierende Kraft in der Faschisierung der Staatsgewalt im Kampf gegen das Proletariat ist.

Aber auch in anderer Hinsicht bringt die „linke“ Presse tagtäglich den Beweis, daß ihre

Oppositionsstellung gegen den Bürgerblock ein freches Täuschungsmanöver

gegenüber den Arbeitern ist. Die proletarischen Interessen gegenüber der Generaloffensive des Bürgerblocks zu verteidigen, ist nur mit außerparlamentarischen Mitteln möglich. Bündigung aller Tarife, Durchbrechung der Hungertarife, Streiks um Lohnhöhung und Siebenhunderttag ist der einzig gegebene Weg. Ihn zeigt die Gewerkschaftsopposition, und die Arbeiter begreifen diesen Weg als den richtigen.

Die sozialdemokratische Führung jedoch? Am Sonnabend fand in Wauen die ADGB-Bezirkskonferenz für Sachsen statt. Es ist ein wenig geschimpft worden, „die Koalition sei eine unnatürliche Ehe“, entbedete Tarnow plötzlich.

man müsse jetzt vor allem die Überwindung der Arbeitslosigkeit durch „Beschaffung von Arbeit“ anstreben. Gleichzeitig aber wird zugegeben, daß „die Kapitallage für die deutsche Wirtschaft gegenwärtig ungünstig ist. Jede Wirtschaft ist auf die Akkumulation von Kapital angewiesen.“ Dieser Meinung sind die Kapitalisten auch, und darum rationalisieren sie, darum drücken sie die Löhne, darum die Sozialreaktion. Das aber dürfen sie nicht, meint der sächsische ADGB, und das ist auch gar nicht notwendig. Wo liegt die Wurzel des Übels? „Die falsche Rationalisierung ist deshalb eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Krise“, meint Herr Tarnow.

Die Kapitalisten sollen also richtig rationalisieren, d. h. sie sollen den Zweck der Rationalisierung, auf Kosten der Arbeiter die Produktionskosten zu senken, um den Konkurrenzkampf besser führen zu können, in kein Gegenteil zu verwandeln. Die Kapitalisten sollen, und das ist die letzte Forderung, ihr System des Profits und des geteigerten Profits von Mehrwert aufheben und damit das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst liquidieren.

So beschwindelt man die Arbeiter mit Phrasen. Es ist nur selbstverständlich, daß die ADGB-Konferenz keine Kampfmaßnahmen beschloß, kein Wort zur Tarifbindung, zur Organisierung von Streiks um Lohn und Arbeit verlor. Alles ist Phrasen. Alle „Kampfrufe“ ein infames Oppositionsmanöver. Die Scheinlicher Volksstimme von gestern sagt das am besten in ihrem Leitartikel:

„Jetzt aber heißt es, den Anfängen wehren und dem verschleierten Diktaturkabinett Training den parlamentarisch schärfsten Kampf anlagen durch die Opposition.“

„Schärfster parlamentarischer Kampf“, das kostet nichts. Das entlastet vor den Arbeitern und erlaubt gleichzeitig der Bürgerblock-Diktatur ihre Offensive gegen die Arbeiter.

Schluß mit einem solchen Betrug! Siebenhunderttag, höhere Löhne, Arbeitsbeschaffung ist nur durch außerparlamentarischen Kampf möglich. Streiks und Demonstrationen unter revolutionärer Führung, das ist jetzt die Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Damit legt sie die Art an die Herrschaft des Bürgerblocks und seiner sozialfaschistischen Trabanten, die Art an die „Wurzeln des parlamentarischen Staates“, der nichts anderes ist als der Klassenstaat der Trutzbourgeoisie.

Das Programm des Bürgerblocks

Unterstützt Mißtrauensantrag der KPD durch außerparlamentarischen Massensturm!

Berlin, 1. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die „Note Fahnne“ schreibt zur Lage: „Heute wird die Regierung des Bürgerblocks, die gestern vom Reichspräsidenten Hindenburg vereidigt wurde, im Reichstag ihr Programm vorlegen. Das Programm des Unterstützungsabbaues, des Programms der Lohnsenkung, das Programm eines neuen, schon in den nächsten Wochen zu erwartenden Zollwuchers. Die kommunistische Reichstagsfraktion wird heute ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung einbringen, das so gehalten ist, daß die SPD keine Möglichkeit hat, sich der Stimme zu enthalten. Außerdem wird die kommunistische Fraktion namentliche Abstimmungen beantragen, um evtl. Abkommandierungen von Abgeordneten durch die Scheinoppositionellen Parteien festzusetzen.“

Man war sich gestern in der Kabinettssitzung absolut einig, daß die Lohnsenkungsberechtigungen der Industrie durch die Reichsregierung in größtem Umfange zu fördern seien. Es sind ganz konkrete Beschlüsse vor allem in der Richtung gefaßt worden, daß sofort an den Abbau der Arbeitslosenversicherung heranzutreten sei. Es sollen die Vorschläge verwirklicht werden, die von dem Zentrum und der Volkspartei entworfen und von Hermann Müller, Severing, Robert Schmidt und Wels und den übrigen SPD-Führern vor ihrem Hinzuworf aus der Reichsregierung bereits angenommen waren und einen direkten Abbau der Unterhaltungsätze für die Erwerbslosen vorsehen.

Dann geht die „Note Fahnne“ auf die beabsichtigte Senkung der Getreide- und Fleischpreise ein, die

wie gestern bereits meldeten, weiter auf die von den Unternehmern geforderten Verschlechterungen der Krankenversicherung, die zum Teil bereits von Wilsell beabsichtigt waren und die einen Raub von 500 Millionen RM an den Kranken bedeuten. Zum Schluß weist die „Note Fahnne“ auf die Drohung der „Germania“ hin, daß das neue Kabinett mit dem Artikel 48 sein Programm durchführen wird und endigt:

„Wenn wegen der Reichstags über das Mißtrauensvotum gegen die Bürgerblock- und Stahlhelmregierung abstimmt, dann müssen außerhalb des Parlaments die Massen aufmarschieren, um ihr Wort abzugeben. Unter den Fahnern der kommunistischen Partei, der Gewerkschaftsopposition, des revolutionären Klassenkampfes müssen sich alle Arbeiter, die kommunistischen und sozialdemokratischen, die parteilosen und christlichen, zusammenschließen. Nur so wird der Bürgerblock geschlagen, nur so die Wiederkehr des Koalitionsregiments unmöglich gemacht und das kapitalistische System liquidiert. Vorwärts, Genossen, es gilt!“

In Bürgerblocks Diensten

Berlin, 1. April. Der bisherige Presseschef der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Jeschke, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, wird, wie dem „Botschafter“ von zutändiger Seite berichtet wird, sein Amt im Einverständnis mit dem Reichskanzler Brüning, auch unter der neuen Regierung weiterführen. — Wir haben nichts anderes erwartet.

Protestkundgebung gegen Sportplatz- und Turnhallenraub

an den opponierenden Arbeitersportlern Heute Dienstag den 1. April, 20 Uhr, in den Innenäulen, Südbahnhof